



Ronald J. Pohoryles und Heide Schmidt



PROBLEMSTELLUNG UNIVERSITÄTEN UND HOCHSCHULEN

Österreichs Universitäten leiden noch bis heute unter den Auswirkungen von Faschismus und Nationalsozialismus. Zahlreiche international renommierte Forscherinnen und Forscher wurden, so sie der Verfolgung entkommen konnten, ins Exil vertrieben und nach dem 2. Weltkrieg nicht zurückgeholt. Die österreichische Forschungslandschaft hat sich bis heute nicht davon erholt.

Österreichs Universitäten sind im internationalen Wettbewerb Nachzügler, und das hat vor allem mit der österreichischen Hochschulpolitik zu tun. Während die Universitäten durchaus zu Recht über Überbelegung klagen und die Studierenden zu Recht monieren, dass die Studienbedingungen trotz der Einführung der Studiengebühren inakzeptabel geblieben sind, hängt Österreich mit der Akademikerquote und der Anzahl der Studierenden hinterher: Während im EU-Durchschnitt 4,54% der über 14-jährigen Bevölkerung studieren, sind es in Österreich nur 3,65%. Die absolute Zahl der Studierenden ist seit 1999 kontinuierlich gefallen und hat erst 2006 wieder das Niveau von 1999 erreicht.

Dies liegt nicht nur an den Studiengebühren: Großbritannien hat beispielsweise schon immer Studiengebühren eingehoben, durch ein vernünftiges Kreditsystem aber sichergestellt, dass der Zugang zur tertiären Ausbildung offen stand. In Großbritannien studieren 4,59% der über 15-jährigen Bevölkerung, dazu ist die Anzahl seit 1999 um mehr als 20% gestiegen, in Österreich nur um 2%. Während 1999 der Prozentsatz der Doktoranden in Wissenschaft und Technologie an der Bevölkerung noch deutlich über dem Großbritanniens lag, liegt er heute deutlich unter diesem. Während Großbritannien Forscherinnen und Forscher sowie Studierende aus aller Welt anzieht, bildet Österreich Barrieren (nicht nur) gegen ausländische Intellektuelle und den intellektuellen Nachwuchs.

Bildung ist ein Grundrecht, und Forschung der Motor von Wirtschaft und Gesellschaft. Liberale treten dafür ein, dass Österreich aktiver und kompetitiver Bestandteil des Europäischen Forschungs- und Bildungsraums wird.

Ziele:

- Österreich hinkt, von Ausnahmen abgesehen, seit Jahrzehnten im akademischen Bereich der internationalen Konkurrenz hinterher. Liberale setzen sich deshalb für eine massive Verbesserung der Arbeitsbedingung der Lehrenden und Forschenden sowie der Studienbedingungen ein.
- Lehre und Forschung sind heute in ein massives administratives Korsett eingespannt, die die an den Universitäten Tätigen daran hindern, Kreativität und wissenschaftliche Neugierde zu entfalten. Liberale treten deshalb dafür ein, durch Entbürokratisierung die Kreativität der Intellektuellen durch Entbürokratisierung zu befreien.
- Lehre und Forschung leiden durch mangelnde Infrastruktur und zu geringe Mittelaufbringung. Liberale treten deshalb massiv für die Erhöhung der Mittel von Forschung und Lehre ein.
- Studieren muss leistbar für alle sein. Liberale treten deshalb für Finanzierungsmodelle ein, die den Lebensunterhalt und die Studiengebühren für Studierende im ausreichenden Maße ermöglichen. Neben dem Grundeinkommen für alle muss ein Kreditsystem geschaffen werden, das nach Abschluss des Studiums einkommensabhängig rückzahlbar ist.
- Studierende haben legitime Interessen an Lehre und Forschung. Ausreichende Mitbestimmung ohne Einmischung der politischen Parteien muss deshalb gewährleistet werden.
- Lehre und Forschung verlangt Internationalität. Liberale treten deshalb gegen jede Form der Diskriminierung von ausländischen Lehrenden und Studierenden ein.

Massnahmen:

- Abbau der bürokratischen Hürden für Lehre und Forschung.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrende und Studierende: Schaffung erweiterter Infrastrukturen durch Renovierung vorhandener und Neubau der räumlicher Strukturen.
- Schaffung neuer Universitäten zur Erhöhung der Akademikerquote und zur Verbesserung der Lehre und Forschung durch erhöhte Konkurrenz.
- Ausbau der Fachhochschulen zu vollwertigen Universitäten.
- Massive Investitionen in die apparative Ausstattung der Laboratorien.
- Verbesserung der Anreize für Drittmittelfinanzierungen.
- Erleichterung der Studienfinanzierung durch Grundeinkommen und günstige Kredite bei Beibehaltung eines adäquaten Beitrags zur Studienfinanzierung.

- Erhöhung der Mobilität der Studierenden durch entsprechende Förderungsmassnahmen.
- Verstärkte Autonomie für die Universitäten bei der Gestaltung der Ausgaben (Arbeitsbedingungen und Entlohnung für in- und ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler).
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
- Erhöhung der Attraktivität der Universitäten für ausländische Spitzenforscher und für rückkehrwillige österreichische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Ausland.